



## VERGABEUNTERLAGEN

164-25-E15

Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung (Korrektur 2)

AUFTRAGGEBER

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27, 68165 Mannheim, Deutschland

---

12.08.2025

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
Verfahrensinformationen .....	3
164-25-E15_Verfahrensbrief_K2.pdf .....	3
RNV_Datenschutzinformation .....	12
1. Einleitung .....	12
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden? .....	12
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir? .....	12
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag .	13
5. Wer bekommt Ihre Daten? .....	14
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert? .....	14
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt? .....	15
8. Welche Rechte haben Sie? .....	15
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten? .....	16
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall? .....	17
Checkliste einzureichender Unterlagen .....	18
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen .....	19
250630_LB - Planungsleistungen .....	19
164-25-E15_Vertragsgrundlagen_K2.pdf .....	39
AGB Architekten- und Ingenieurleistungen_Januar 2024 .....	45
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung .....	51
AnschiebenPDF Rechnung .....	51
Anforderungen PDF-Rechnung .....	52
Auszufüllende Formulare .....	54
Angebotsschreiben .....	54
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen .....	56
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung .....	58
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe .....	66
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern .....	71
LTMG - Baden-Württemberg .....	73
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	73
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	82
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt .....	84
Besondere Vertragsbedingungen .....	86
Russland-Sanktionen .....	90
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung .....	90
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen .....	92
I. EU-Sanktionen gegen Russland .....	92

II. Verbot der Auftragsvergabe .....	92
III. Fortführung bestehender Verträge .....	93
IV. Ausnahmen .....	93
V. Zuwendungsbau .....	94
VI. Inkrafttreten .....	94
Produkte/Leistungen .....	95
Eignungskriterien .....	150
Leistungskriterien .....	158
Anlagen .....	159

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	164-25-E15
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5
Auftragsbeschreibung	Beschaffung von Planungsleistungen (Leistungsphase 1 bis 4 und optional 5 bis 7) für das Projekt M339 Betriebswerkstatt M5 in Mannheim Bei der Maßnahme handelt es sich um eine Erweiterung der bestehenden Straßenbahnwerkstatt im Gebäude M5.

### VERFAHREN

Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein										
Art der losweisen Vergabe											
Höchstzahl der Lose pro Angebot											
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis										
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>71000000-8</td><td>Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen</td></tr><tr><td>71221000-3</td><td>Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden</td></tr><tr><td>71240000-2</td><td>Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen</td></tr><tr><td>71250000-5</td><td>Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	71000000-8	Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen	71221000-3	Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden	71240000-2	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen	71250000-5	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste
Code	Bezeichnung										
71000000-8	Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen										
71221000-3	Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden										
71240000-2	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen										
71250000-5	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste										

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off">http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

## BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
----------------	--



Bekanntmachung	14.07.2025
----------------	------------

## ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	22.08.2025 12:00:00
Frist Bieterfragen	14.08.2025 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	22.09.2025
Versand Vorabinformation	

## AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.10.2025
Ende	30.06.2027
Anmerkungen	unmittelbar nach Zuschlagserteilung

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter [http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 14.08.2025 12:00 Uhr eingegangen sein.  
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.  
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.  
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: [http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)  
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

## Verfahrensbrief

### Korrektur 2

## 1 Übersicht

### 1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die MV Mannheimer Verkehr GmbH („MV“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beschaffung von [Planungsleistungen (Leistungsphase 1 bis 4 und optional 5 bis 7) für das Projekt M339 Betriebswerkstatt M5] beschreiben.

**Es wurden folgende Anpassungen in den Vergabeunterlagen zur vorherigen Korrektur vorgenommen und soweit möglich in Rot markiert:**

- Die Vertragsbedingungen werden komplett durch neue Vertragsbedingungen ersetzt
- Umfangreiche Änderungen im Preisblatt: Pauschalpreise in den Grundleistungen werden durch HOAI-Abrechnung abgelöst. Es sind daher alle Preise erneut einzutragen.

### 1.2 Verfahrensablauf

- ☒ offenes Verfahren  
☐ nicht offenes Verfahren  
☐ Verhandlungsverfahren  
☐ Wettbewerblicher Dialog  
☐ öffentliche Ausschreibung

### 1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
KW 31/2025	Verpflichtende Ortsbesichtigung
<del>08.08.2025</del> 14.08.2025 – 12.00 Uhr	Frist für die Stellung von Bieterfragen
<del>15.08.2025</del> 22.08.2025 – 12.00 Uhr	Angebotsfrist
<del>15.09.2025</del> 22.08.2025	Zuschlags- und Bindefrist

Die MV behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ

***Alle Bieter, die am Vergabeverfahren teilnehmen möchten, müssen in der KW 31/2025 an einer verpflichtenden Ortsbesichtigung teilnehmen. Hierzu müssen die Bieter eine Nachricht über die Vergabeplattform bis zum 24.07.2025 um 12 Uhr mit der Bitte um einen Besichtigungstermin senden.***

***Ohne Teilnahme an der verpflichtenden Ortsbesichtigung kann kein wertbares Angebot abgegeben werden.***

## **1.4 Anwendbares Recht**

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

## **2 Verfahrensbedingungen**

### **2.1 Auftraggeber**

MV Mannheimer Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

### **2.2 Ausschreibende Stelle**

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

Wir informieren Sie darüber, dass die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV) die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) zur Betreuung des zu vergebenen Projektes einsetzt. Die rnv tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner. Ihr Ansprechpartner ist die rnv.

### **2.3 Kommunikation im Vergabeverfahren**

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe ([https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

## **2.4 Vertraulichkeit**

### **2.4.1 Verwendung der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

### **2.4.2 Verschwiegenheit**

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

## **2.5 Angebote**

### **2.5.1. Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist**

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

~~08.08.2025~~ **14.08.2025** – 12.00 Uhr]

über die Vergabeplattform ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

### **2.5.2 Form und Frist Einreichung Angebote**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) bis zum

~~15.08.2025~~ **22.08.2025** – 12.00 Uhr]

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

### **2.5.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

### **2.5.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)**

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I.1).). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

### **2.5.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe**

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

### **2.5.6 Inhalt der Angebote**

Von den Bietern sind mit dem Angebot alle geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

### **2.5.7 Eröffnungstermin der Angebote**

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

### **2.5.8 Nebenangebote**

Nebenangebote sind nicht zugelassen].

### **2.5.9 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen**

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohnengesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

### **2.5.10 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit**

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

### **2.5.11 Prüfung und Wertung der Angebote**

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

**[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5  
164-25-E15]**

- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.
- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriteriums:

**100% Preis**

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 52 Abs. 1 SektVO auf das wirtschaftliche Angebot, gemäß der oben genannten Zuschlagskriterien.

**2.5.12 Anfordern zusätzlicher Unterlagen**

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

Auf Verlangen ist eine Urkalkulation in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe der Projektnummer und Projektbezeichnung dem Auftraggeber zu überreichen.

**2.5.13 Zuschlag**

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 WRegG einholen, um zu prüfen, ob Eintragungen zu dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vorliegen.

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden. Vor Vertragsunterzeichnung können noch letzte Detailverhandlungen für kleinere Korrekturen geführt werden, soweit sie die Wertungsrangfolge nicht beeinflussen.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am ~~15.09.2025~~ **22.09.2025**. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

**2.5.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren**

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

**3 Rügepflicht und Nachprüfung**

**3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag**

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer

**[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5  
164-25-E15]**

Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

### **3.2 Vergabekammer**

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die in der Bekanntmachung benannte folgende Stelle wenden.

### **3.3 Rechtsgrundlagen**

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

#### **§ 134 Informations- und Wartepflicht**

(1) *Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.*

(2) *Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.*



**§ 135 Unwirksamkeit**

*(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber*

*1. gegen § 134 verstoßen hat oder*

*2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.*

*(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.*

*(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn*

*1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,*

*2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und*

*3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.*

*Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.*

**§ 160 Einleitung, Antrag**

*(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*

*(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*

*(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit*

*1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*

*2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*

**[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5  
164-25-E15]**

*3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*

*4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

*Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*

### **3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen**

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

### Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

### 1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum **303-24-E14 - Rahmenvertrag Ingenieurleistungen Signaltechnik** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

### 2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim  
Tel.: 0621-465-0  
E-Mail: [kundenservice@rnv-online.de](mailto:kundenservice@rnv-online.de)

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH  
Herr Mentges  
Marienburgstraße 27  
64297 Darmstadt  
Tel.: 06154-57605 111  
E-Mail: [datenschutz@ctm-com.de](mailto:datenschutz@ctm-com.de) oder [datenschutz@rnv-online.de](mailto:datenschutz@rnv-online.de)

### 3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

### 4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

### 5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen

### 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

### 7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### 8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

#### a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

#### b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

#### c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

### d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

### e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

### f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Königstraße 10a  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711 61 55 41-0  
E-Mail: [poststelle@fdi.bwl.de](mailto:poststelle@fdi.bwl.de)

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

## 9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

# Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

## 10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

### Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

\*\*\*



**[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5]**  
**[164-25-E15]**

## Checkliste

Mit dem Teilnahmeantrag/Angebot sind folgende Unterlagen einzureichen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besondere Vertragsbedingungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
rnv Datenschutzinformation	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.II.1. – Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.IV.1. – Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.IX.1 – Verpflichtung von qualifizierten Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Eigenerklärung EU-Russland-Sanktionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung ArbEntG für Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung MiLoG für Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Versicherungsnachweis oder Nachweis über Versicherungsabschluss im Auftragsfall der Versicherung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## **Vergabeverfahren**

**Planungsleistungen HOAI, LPH. 1 bis 4 (optional 5 bis 7)**

**Erweiterung Betriebswerkstatt M5**

**Vergabenummer: 164-25-E15**

## Inhalt

1. Bestehende Situation und Beschreibung der Maßnahme .....	3
2. Angebotsgrundlagen .....	6
3. Inhalt des Angebotes .....	7
4. Vertragsgrundlagen .....	8
5. Termine .....	9
6. Leistungen des Auftragnehmers .....	10
7. Honorarermittlung .....	12
8. Anlagen / Unterlagen .....	14
<b>I. Leistungsbeschreibung Planungsleistungen .....</b>	<b>15</b>
<b>II. Objektplanung Gebäude und Innenräume.....</b>	<b>16</b>
<b>III. Objektplanung Ingenieurbauwerke .....</b>	<b>17</b>
<b>IV. Tragwerksplanung .....</b>	<b>18</b>
<b>V. TGA – Technische Ausrüstung.....</b>	<b>18</b>

## 1. Bestehende Situation und Beschreibung der Maßnahme

### Betriebshof Mannheim



ABBILDUNG 1<sup>1</sup>: LUFTBILD BETRIEBSWERKSTATT M5

Das Planungsvorhaben liegt innerhalb des Stadtgebietes von Mannheim, im Stadtteil Schwetzingenstadt. In der Abbildung 1 ist der heutige Betriebshof in der Möhlstraße zu sehen, der aus Straßenbahn- und Buswerkstätten, sowie einer Interimskantine und Räumlichkeiten für Lager und Betriebsbedienstete besteht. Die orange markierte Fläche in der Abbildung zeigt den Bereich der Betriebswerkstatt, welche die Gebäudenummerierung M5 besitzt. Die Infrastruktur (Gleise, Krane etc.) in der Betriebswerkstatt entspricht an einigen Stellen nicht den aktuellen Anforderungen. Die neuen Bahnen (RNT 2020) können, wegen Überlänge nicht in der bestehenden Betriebswerkstatt gewartet werden. Daher soll die Betriebswerkstatt an die neuen Anforderungen des RNT2020 angepasst werden.

### Planungsaufgabe – Leistungsumfang Allgemein

Die MV Mannheimer Verkehr GmbH beabsichtigt die Vergabe von Planungsleistungen. Gegenstand der Planungsaufgabe und der zu erbringenden Leistungen sind sämtliche Planungs-, Beratungs- und Koordinationsleistungen für die bauliche Realisierung.

Der AN führt Entscheidungsvorlagen zusammen und ist maßgeblich für den Projekterfolg verantwortlich.

Der AN ist verpflichtet, für das genannte Bauvorhaben sämtliche Leistungen zu erbringen, die für die Herbeiführung des Gesamterfolgs erforderlich sind. Die aufgeführten Grundleistungen und Besonderen Leistungen ab Ziffer I ff. sind zu erbringen, die als wesentliche Arbeitsschritte Teil des Gesamterfolgs sind und vom AN mangelfrei und vollständig erfüllt werden müssen. Der AN hat unter anderem die nachstehend genannten Planungserfolge und -leistungen zu erbringen, ohne dass es hierzu einer besonderen Aufforderung durch den AG bedürfte. Er hat dabei sparsam und wirtschaftlich zu handeln.

#### Leistungssoll des AN:

Die Beauftragung des AN als Planer erfolgt mit dem Ziel, eine für den AG Planung insbesondere in folgenden Planungs-, Beratungs-, und Untersuchungsbereichen (Architekten- und Ingenieurleistungen) sicherzustellen:

- (1) Objektplanung Gebäude und Innenräume, LPH 1-4, optional 5 bis 7
- (2) Objektplanung Ingenieurbauwerke, LPH 1-4, optional 5 bis 7
- (3) Tragwerksplanung (ggf. einschließlich Bauphysik), LPH 1-6
- (4) Technische Gebäude- Ausrüstung, Anlagengruppe 1- 8 Allgemein, LPH 1-4, optional 5 bis 7
- (5) Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 1- 8, LPH 1-4, optional 5 bis 7, ggf. spezialisierte Fachplaner erforderlich für:
  - ALG 1 – 410 Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen
  - ALG 2 – 420 Wärmeversorgungsanlagen
  - ALG 3 – 430 Raumlufthtechnische Anlagen
  - ALG 4 – 440 Elektrische Anlagen; Starkstromanlagen
  - ALG 5 – 450 Kommunikationstechnische Anlagen
  - ALG 6 – 460 Förderanlagen Werkstatt
  - ALG 7 – 470 Nutzungsspezifische Anlagen; Werkstattausrüstung (inkl. Dacharbeitsstände, Medienanlagen, Hebevorrichtungen, Prüfstände, Druckluftanlagen)
  - ALG 8 – 480 Gebäude- und Anlagenautomation

Neben den vorgenannten Planern sind vom AN im Rahmen der Grundleistungen ggf. weitere Planer, Gutachter und Sonderfachleute zu koordinieren, die zur Herbeiführung des Projekterfolgs erforderlich sind, wie bspw.:

- (1) Fachplaner, Gutachter und Sonderfachleute für ggf. weitere Untersuchungen und Prüfungen die im Rahmen der Gesamtzieelerreichung erforderlich werden. (Abhängig von Planungsfortschritt)

**Die Notwendigkeit ggf. weiterer erforderlicher Leistungen und Beauftragungen zur Gesamtzieelerreichung ist vom AN rechtzeitig an den AG heranzutragen und das benötigte Leistungsbild zu definieren.**

Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass der Projektleiter bzw. dessen Stellvertreter während der Projekt- /Vertragslaufzeit für den AG jederzeit erreichbar und nach Erfordernis vor

Ort präsent sind, sowie sämtliche Leistungsphasen fachlich und inhaltlich abdecken kann.  
Eine erforderlichenfalls werktägliche Präsenz der Bauleitung(en) vor Ort ist sicherzustellen!

Der AN benennt einen Projektleiter und Stellvertreter für die Bearbeitung des Auftrags, die dem AG direkt als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Bei Änderung des Projektleiters oder des Stellvertreters muss der AN unverzüglich den AG informieren und die neuen Kontaktdaten übermitteln.

### Stand der Planung

In der Vergangenheit wurden bereits die Leistungsphasen 1 und 2 bearbeitet. Es existieren dazu jedoch keine Vertragsverhältnisse mehr. Die Ergebnisse der LPH 1+2 liegen dem AG vor und können bei Bedarf vom AN als Grundlage bei der Bearbeitung der erneuten Leistungsphasen 1 und 2 herangezogen werden.

### Planungsziele

#### Betriebswerkstatt

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) beabsichtigt in der Betriebswerkstatt zwei bestehende Werkstatt-Arbeitsstände zu verlängern.

Konkret sollen die Dacharbeitsbühne (DAB), die Flurebene und die Grube des Gleises 103, sowie des Gleises 85 oder 86 verlängert werden.

Die Grube, die Flurebene und der Dacharbeitsstand des Gleises 103 ist von 30 m auf ca. 43 m zu verlängern, inkl. des Einbaus einer Krananlage mit einer voraussichtlichen Traglast 1 Tonne (gemäß Bestand auf Gleis 102).

Eine Verlängerung der Grube und des DAB des Gleises 85 von 30 m auf ca. 63 m ist zu überprüfen. Sollte eine Verlängerung des Gleises 85 nicht wirtschaftlich sein, ist die Verlängerung auf dem Gleis 86 vorzusehen.

Der Zustand der Gleise 85/86 und 103 ist in einen funktionsfähigen, zeitgemäßen und renovierten Neuzustand zu versetzen. Der komplette Arbeitsstand ist entsprechend der aktuellen Anforderungen anzupassen.

Leistungsziel des AN sind die Identifikation, Planung und Umsetzung aller erforderlicher Maßnahmen der TGA-Infrastruktur (Anlagengruppe 1 -8).

Für die vorgenannten Maßnahmen soll eine partielle Gebäudeerweiterung im Bereich des Gleises 103 umgesetzt werden. Aufgrund der Gebäudeerweiterung muss im Außenbereich das vorhandene Hochregallager versetzt und erweitert werden. Die Erweiterung der Hochregallager soll auf der Grünfläche hinter des Gleises 102 umgesetzt werden.

Im Erweiterungsbereich der Halle soll eine Klimawerkstatt mit einer Staplerzufahrt errichtet werden. Die Größe der Klimawerkstatt soll ungefähr dem Anbau hinter dem Gleis 102 entsprechen.

Die Gesamtbaumaßnahme umfassen im Wesentlichen, unter Anderem:

- Verlängerung der Dacharbeitsbühne, Flurebene und Grube Gleis 85/86 (für 63 m Fahrzeuge) und Gleis 103 (für 43 m Fahrzeuge)
- Der Bestandszustand der Gleise 85/86 und 103 ist in einen funktionsfähigen, zeitgemäßen und renovierten Zustand zu versetzen
- Einbau Kran mit einer Traglast 1 Tonne Gleis 103 wie Bestand auf Gleis 102
- Versetzung der Hochregallager sowie Erweiterung der Schwerlastkomponentenregale
- Eine Klimawerkstatt mit Staplerzufahrt in die neu zu entstehenden Räumlichkeiten aufgrund der Gebäudeerweiterung

Die allgemein anerkannten Regeln der Technik sind zu beachten. Die Hinweise der VDV-Schrift 820 zur Gestaltung von Werkstatteinrichtungen für die Instandhaltung von Niederflurfahrzeugen sowie die einschlägigen Sicherheitsvorschriften des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie die VDV-Schrift 851 – „Umgang mit Gefahrstoffen in Verkehrsunternehmen“ sind zu beachten. Zusätzlich sind auch die Technische Regeln für Arbeitsstätten (ASR) zu beachten.

Die Notwendigkeit von Brandschutzeinrichtungen ist mit dem Brandschutzgutachter und der örtlichen Feuerwehr im Rahmen eines gemeinsamen Gespräches abzuklären.

Der AN hat bei seiner Planung das Betriebsorganisationskonzept beim Nutzer abzufragen und zu berücksichtigen.

Sämtliche Anforderungen und Randbedingungen sind vor Planungsbeginn gemeinsam mit dem AG abzustimmen und schriftlich festzulegen.

Wir weisen darauf hin, dass ein kritisches Rechenzentrum in der Betriebswerkstatt M5 vorhanden ist. Das Rechenzentrum darf durch die Bauarbeiten in keiner Weise beschädigt und in der Ausübung der Funktion nicht gestört werden.

Während aller Bau- und Sanierungsphasen sind alle Maßnahmen möglichst Emissionsarm durchzuführen.

Ein ungestörter rnv-Betrieb muss gewährleistet werden, sodass die in Betrieb verbleibenden Bereiche möglichst wenig durch Emissionen, wie z.B. Lärm, Erschütterungen, Staub, Schadstoffe, etc. eingeschränkt werden.

## **2. Angebotsgrundlagen**

Der Auftraggeber ist MV Mannheimer Verkehr GmbH

Wir informieren Sie darüber, dass die MV Mannheimer Verkehr GmbH die Rhein-Neckar Verkehr GmbH zur Betreuung des von uns vergebenen Projektes einsetzt. Die Rhein-Neckar Verkehr GmbH tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner, ihr Ansprechpartner ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH.



### 3. Inhalt des Angebotes

Das Angebot sollte mindestens beinhalten:

- Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens ein Referenzprojekt anzugeben, aus dem sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Folgende Anforderungen müssen erfüllt sein:

- Planung und Abwicklung von Bauprojekten

Von den möglichen Leistungsphasen sollen mindestens die LPH 2, 3, 4 und 5 erbracht worden sein.

Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten fünf Jahren (ab 2019) erbracht worden sind.

- Angabe zu den Projektleitern, die im Auftragsfall für das Projekt eingesetzt werden inkl. Namen, Rollen, Qualifikationen, Lebensläufe, Zuständigkeiten, Vertretungsregelungen. Wir bitten darum, die Leistungsfähigkeit des Gesamtprojektleiters sowie des Stellvertreters mittels einer Referenzliste (mind. 1 Referenz) nachzuweisen.
- Hinweis: Ändert sich an der Personalverfügbarkeit des Projektleiters und des Stellvertreters, und der AN weist einen neuen Mitarbeiter dieses Projekt zu, ist dem AG unverzüglich ohne gesonderte Aufforderung, die Referenzliste des neuen Mitarbeiters mit den oben genannten Referenzen, zu übermitteln. Dieser neue Mitarbeiter muss über die gleiche Erfahrung verfügen wie der ursprüngliche Mitarbeiter.



## **4. Vertragsgrundlagen**

### **4.1 Vertragsbedingungen**

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

- Das Zuschlagsschreiben des Auftraggebers
- Das Bietergesprächsprotokoll (soweit vorhanden)
- Das Angebot des Auftragnehmers
- Die Bedingungen dieser Ausschreibung und Leistungsbeschreibung
- Die „Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
- Die aktuell gültige HOAI

Durch die Angebotsabgabe bestätigt der Auftragnehmer, dass ihm alle zur Vertragserfüllung maßgebenden Daten und Verhältnisse bekannt sind, er diesen im Falle einer Auftragserteilung Rechnung tragen wird, er die Leistungen selbst zu den Vertragsbedingungen erfüllen kann und auf die Anfechtung verzichtet.

### **4.2 Subunternehmer**

Die Leistungen werden vom Auftragnehmer grundsätzlich mit eigenem Personal ausgeführt. Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, Subunternehmer mit Teilleistungen zu beauftragen, sind diese im Angebot zu benennen.

### **4.3 Auftrag und Auftragsbestätigung**

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfanges werden nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen und mit einer Bestellung bestätigt werden.

Zur Umsetzung der Aufgabe ist beabsichtigt, die im Folgenden beschriebenen Leistungen stufenweise zu beauftragen. Die Planungsleistungen sollen zunächst bis einschließlich LPH 4 vom AN erbracht werden (Stufe 1). Nach der LPH 4 erfolgt der Abruf der stufenweisen Beauftragung je LPH (eine LPH=eine Stufe) (optional).

Der stufenweise Abruf erfolgt durch schriftliche Mitteilung und entsprechende Beauftragung. Eine Vergütung von nicht beauftragten Leistungen erfolgt nicht. Eine Entschädigung für verlorengegangenen Gewinn erfolgt nicht.

## 5. Termine

### 5.1 Rahmentermine

Für die Maßnahmen geht der Auftraggeber aktuell von folgendem groben Zeitplan (Entwurf) aus:

<b>Beginn der Planungsleistungen</b>	unverzüglich nach Vertragsabschluss
<b>Geplanter Baubeginn</b>	Q3/2027
<b>Übergabe an den Betrieb und Einzug Nutzer</b>	Q2/2028

Diese stellen einen groben Zeitansatz dar und dienen ausschließlich der Orientierung. Der tatsächliche Beginn der Bauleistungen soll so früh wie möglich erfolgen, sobald die technischen, organisatorischen oder genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen für die einzelnen Bauabschnitte erfüllt sind.

Nach Auftragsvergabe wird vom Auftraggeber ein Rahmenterminplan zwischen AG und AN bestimmt, welcher auf Grundlage des zu erstellenden Ablaufplanes verbindlich ist.

Nachträglich schriftlich festgesetzte Einzeltermine gelten stets als vertraglich vereinbarte Termine. Vom Auftraggeber nachträglich geforderte Ausführungsänderungen rechtfertigen keine Terminüberschreitung, sofern diese nicht unverzüglich und begründet angezeigt werden.

### 5.2 Terminverzögerungen

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen. Soweit der AN keine Verzögerungen ankündigt, kann sich der Auftraggeber darauf verlassen, dass die jeweiligen Termine in ihrer Durchführung nicht gefährdet sind.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer einen erhöhten Personaleinsatz, den Einsatz qualifizierten Personals oder Überstunden an Werk-, Sonn- und Feiertagen zu verlangen, wenn abzusehen ist, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden oder die Einhaltung des Terminplans wegen nicht ausreichender Qualifikation des eingesetzten Personals gefährdet ist. Der Auftraggeber behält sich vor, den ihm wegen Terminverzögerungen entstehenden Schaden geltend zu machen.

## **6. Leistungen des Auftragnehmers**

### Allgemeines

Gegenstand der zu vergebenden Leistungen sind die Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume, Objektplanung Ingenieurbauwerke sowie der Fachplanungen Tragwerksplanung und Technische Ausrüstung für das Projekt „Erweiterung Betriebswerkstatt M5“.

Planungsaufgabe ist, die Leistungsbilder nach HOAI 2021

- Gebäude und Innenräume (§ 34 ff.),
- Ingenieurbauwerke (§ 43 ff.)
- Tragwerksplanung (§ 51 ff.) und
- Technische Ausrüstung (§ 55 ff.)

für das Bauvorhaben auszuführen.

Zusätzliche Leistungen aufgrund geänderter Variantenverfolgungen (bis zu zwei Varianten) sind in der Kalkulation zu berücksichtigen.

### **6.1 Objektplanung Gebäude und Innenräume**

Die Leistungsbilder der Phasen 1 bis 7 entsprechen dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3 Objektplanung, Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 4.

Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden als Grundangebot bezuschlagt. Die LPH 5 – 7 sind jeweils als Optionen gesondert anzubieten.

### **6.2 Objektplanung Ingenieurbauwerke**

Die Leistungsbilder der Phasen 1 bis 7 entsprechen dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3 Objektplanung, Anlage 12.1 zu § 43 Abs. 4.

Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden als Grundangebot bezuschlagt. Die LPH 5 – 7 sind jeweils als Optionen gesondert anzubieten.

### **6.3 Fachplanung Tragwerksplanung**

Das Leistungsbild der Phasen 1 und 6 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 4 Fachplanung, Anlage 14 Nr. 14.1 zu § 51 Abs. 5.

Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden als Grundangebot bezuschlagt. Die LPH 5 – 6 sind jeweils als Optionen gesondert anzubieten

## 6.4 Fachplanung Technische Ausrüstung

Das Leistungsbild der Phasen 1 und 7 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 4 Fachplanung, Anlage 15 Nr. 15.1 zu § 55 Abs. 3.

Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden als Grundangebot bezuschlagt. Die LPH 5 – 7 sind jeweils als Optionen gesondert anzubieten

## 6.5 Allgemeine Leistungsziele des AN

Folgende Leistungen werden im Zuge der Bearbeitung erforderlich. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln.

### Leitungen

Im Bereich der geplanten Maßnahme befinden sich mehrere Ver- und Entsorgungsleitungen im öffentlichen Verkehrsraum. Im Zuge der Planungsleistungen sind die TÖB (Leitungsträger) frühzeitig in die Planung einzubeziehen. Entwurfsplanung und während der Baumaßnahme werden die Leitungsträger und Netzeigentümer beteiligt.

### Teilnahme an besonderen Veranstaltungen

Der AN wird bei diversen Veranstaltungen teilnehmen und die Präsentationen mitvorbereiten.

### Bauphasen- und Bauablaufplanung

Abstimmung und Erstellung mehrerer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung inkl. Bauzwischenständen, inkl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv, der Stadt, den Stadtwerken und ggf. anderen Leitungsträgern. Das mehrmalige Ändern und umplanen der Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung ist einzukalkulieren.

Ist quartalweise durchzuführen.

### Erstellung Finanzierungsantrag

Bei Bedarf hat der AN die Erstellung eines Finanzierungsantrages inklusive der durch den AG zur Verfügung gestellten Fachplanungen Dritter zu erstellen. Die Aufteilung der Kostenschätzung/-berechnung erfolgt entsprechend den Vorgaben der rnv (Aufteilung in zuwendungsfähig, nicht zuwendungsfähig, Aufteilung auf einzelne Gewerke, Leistungen bzw. Dritter wie z. B. Stadtwerke, Verkehrsanlage etc. inkl. Aufteilung sämtlicher Kostenermittlungen nach DIN 276).

### Einarbeitung von Änderungen nach Genehmigung

Einarbeitung von Auflagen ggf. aus behördlichen Genehmigungen (Bauantrag, Finanzierungsantrag) hervorgehender Änderungen und Anpassungen.

## Erstellung Koordinierter Leitungsplan

Im Zuge der Planungsphasen 1 – 3 ist ein Koordinierter Leitungsplan aller Medien und Leitungsträger zu erstellen und fortzuschreiben.

## **7. Honorarermittlung**

### **7.1 Honorargrundlagen**

Grundlage für die Honorarermittlung und Ingenieurleistung ist die HOAI in der Fassung 2021, unter Berücksichtigung der vorgenannten Einsatzzeiten.

Die vorläufigen anrechenbaren Kosten sind ab Ziffer I dargestellt.

Die rnv behält sich vor, jederzeit zum Ende einer Leistungsphase den Auftrag zu beenden und abzurechnen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Mehrvergütung über die bis dahin erbrachten Planungsleistungen hinaus besteht in diesem Fall nicht.

Als Basis für die Abrechnung sich ggf. noch ergebender, nicht im Honorar abgegoltener Leistungen sind folgende Stundensätze und Tagespauschalen (6h zzgl. Hin- und Rückfahrtszeiten) mit anzugeben:

- Geschäftsleitung
- Dipl.-Ing. (TU)
- Dipl.-Ing. (FH)
- Techniker
- CAD + inkl. Personal

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der AN verpflichtet, den AG unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den ihm wegen Terminverzögerungen entstehenden Schaden geltend zu machen.

Sämtliche Unterlagen sind in Papier und digitaler Form (pdf, DWG-Format) zu übergeben. Eine andere Datenform ist mit dem AG abzustimmen.

Der Auftraggeber legt die Honorarzone nicht verbindlich fest. Vielmehr steht es dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, die Honorarzone zur Kalkulation des Honorarangebots zu überprüfen und seinem Angebot eine abweichende Honorarzone zugrunde zu legen und entsprechend im Angebot anzugeben.

Vor Ausarbeitung des Angebots hat der Bieter verpflichtend an einem Ortstermin teilzunehmen, um sich über die örtlichen Verhältnisse der Baumaßnahme zu vergewissern (Siehe Verfahrensbrief Ziffer 3.1).

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes, von der Örtlichkeit Kenntnis erlangt zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben.

Wir bitten im Angebot um Angabe der Höhe des Umbauzuschlages gemäß § 36, § 48 Absatz 6, § 52 Absatz 4 und § 56 Absatz 5.

In das Honorar sind je 5 Exemplare für sämtliche Mehrfertigungen (Verdingungsunterlagen, Ausschreibungsunterlagen, Ausführungsunterlagen) einzurechnen.

Es sind vorab mindestens 3 Prüfläufe der Ausschreibungsunterlagen (Verdingungsunterlagen, Ausschreibungsunterlagen, Ausführungsunterlagen) einzurechnen.

Die Kosten für darüberhinausgehende Mehrfertigungen (weitere Exemplare oder Prüfläufe) sind optional mit anzubieten.

Bei der späteren Abrechnung muss das Honorar für die verschiedenen Abschnitte (Maßnahmenteile nach LGVFG und Gleiserneuerung) gesondert ausgewiesen werden. Die Stundensätze für evtl. Stundenlohnarbeiten (inkl. Zuschläge) sind mit anzubieten

## **7.2 Nebenkosten**

Die Nebenkosten sind pauschal, je HOAI-Leistungsbild festzusetzen.


Die Kosten für Vervielfältigungen (Arbeitspausen, Prüfaxemplare, Ämterumläufe usw. bis zu einer Anzahl von 5 Exemplaren, Ausschreibungsunterlagen) sind in den Nebenkosten zu berücksichtigen. Die Kosten für weitere Vervielfältigungen sind der Angebotsabgabe beizufügen.

Sämtliche Dateien und deren Inhalte dürfen nicht gesperrt, oder mit Kennwort versehen werden.

Darüber hinaus ist ein 14-tägiges Planungstreffen (Jour Fixe) in den Nebenkosten zur berücksichtigen. Dokumentation aller Abstimmungen und projektbezogenen Gespräche in Form von Protokollen (Protokoll muss spätestens 3 Tage nach Besprechung vollständig und in prüffähiger Form zur Freigabe beim Projektleiter der rnv vorliegen).

## 8. Anlagen / Unterlagen

Folgende Unterlagen werden von der Rhein-Neckar Verkehr GmbH zur Verfügung gestellt:

-  Planunterlagen von der Entwurfsplanung, aktuelle Vermessung

**HINWEIS:** Die im Folgenden beschriebenen Leistungen dienen der Vergabestelle des AG als Erstellungsgrundlage für das Leistungsverzeichnis Planungsleistungen Betriebswerkstatt M5. Die geforderten Leistungen sind von den Bietern ausschließlich in dem online bereitgestellten dedizierten Preisblatt (= Leistungsverzeichnis Planungsleistungen) zu bepreisen.

## I. Leistungsbeschreibung Planungsleistungen

Der Auftraggeber überträgt dem AN folgende Leistungen ab Ziffer I:  
Die Vergütung der besonderen Leistungen erfolgt gemäß Pauschalangebot je „Besonderer Leistung“.

### Allgemeine Planerleistungen über alle Leistungsbereiche und Leistungsphasen hinweg

Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich bei den allgemeinen Planerleistungen um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die folgende Position ein Honorar als Pauschale zu ermitteln. Sollten Sie der Meinung sein, dass die vom Auftraggeber benannten Besonderen Leistungen bereits in den Grundleistungen enthalten sind, ist der Preis im separaten Preisblatt mit 0,00 Euro anzugeben.

POS	Besondere Leistungen - Über alle Leistungsbilder hinweg	Pauschal-Vergütung (netto)
1.	<u>Leitungen</u> Im Bereich der geplanten Maßnahme befinden sich mehrere Ver- und Entsorgungsleitungen im öffentlichen Verkehrsraum. Im Zuge der Planungsleistungen sind die TÖB (Leitungsträger) frühzeitig in die Planung einzubeziehen. Entwurfsplanung und während der Baumaßnahme werden die Leitungsträger und Netzeigentümer beteiligt.	
2.	<u>Teilnahme an besonderen Veranstaltungen</u> Der AN wird bei diversen Veranstaltungen teilnehmen und die Präsentationen mitvorbereiten.	
3.	<u>Bauphasen- und Bauablaufplanung</u> Abstimmung und Erstellung mehrerer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung inkl. Bauzwischenständen, inkl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv, der Stadt, den Stadtwerken und ggf. anderen Leitungsträgern. Das mehrmalige Ändern und umplanen der Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung ist einzukalkulieren. Ist quartalweise durchzuführen.	



POS	Besondere Leistungen - Über alle Leistungsbilder hinweg	Pauschal-Vergütung (netto)
4.	<u>Erstellung Finanzierungsantrag</u> Bei Bedarf hat der AN die Erstellung eines Finanzierungsantrages inklusive der durch den AG zur Verfügung gestellten Fachplanungen Dritter zu erstellen. Die Aufteilung der Kostenschätzung/-berechnung erfolgt entsprechend den Vorgaben der rnv (Aufteilung in zuwendungsfähig, nicht zuwendungsfähig, Aufteilung auf einzelne Gewerke, Leistungen bzw. Dritter wie z. B. Stadtwerke, Verkehrsanlage etc. inkl. Aufteilung sämtlicher Kostenermittlungen nach DIN 276).	
5.	<u>Einarbeitung von Änderungen nach Genehmigung</u> Einarbeitung von Auflagen ggf. aus behördlichen Genehmigungen (Bauantrag, Finanzierungsantrag) hervorgehender Änderungen und Anpassungen.	
6.	<u>Erstellung Koordinierter Leitungsplan</u> Im Zuge der Planungsphasen 1 – 3 ist ein Koordinierter Leitungsplan aller Medien und Leitungsträger zu erstellen und fortzuschreiben.	

## II. Objektplanung Gebäude und Innenräume

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen bei Gebäuden und Innenräumen gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 3, Abschnitt 1 Gebäude und Innenräume (§ 33 ff.),
  - a. Grundleistungen im Leistungsbild Gebäude und Innenräume,
  - b. Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 1.
- b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone (III) heranzuziehen. Es steht dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung hiervon abweichend eine angemessene andere Honorarzone zu Grunde zu legen. Die Begründung hierfür ist auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.

**Anrechenbaren Kosten für die Objektplanung Gebäude und Innenräume: 3.515.000,00 EUR**

Bei folgenden Leistungen gilt die Anlage 10 HOAI als Leistungssoll:

POS	Objektplanung Gebäude und Innenräume - Leistungsphasen	Bewertungssatz [%]
1.	Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	

POS	Objektplanung Gebäude und Innenräume - Leistungsphasen	Bewertungs- satz [%]
2.	Leistungsphase 2 (Vorplanung) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	
3.	Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	
4.	Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	
5.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	
6.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	
7.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) gemäß §34 HOAI Leistungsbild Gebäude und Innenräume	

### III. Objektplanung Ingenieurbauwerke

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 3, Abschnitt 3 Ingenieurbauwerke (§ 41 ff.),
  - a. Grundleistungen im Leistungsbild Ingenieurbauwerke,
  - b. Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 12.1 zu § 43 Abs. 1.
- b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone (III) heranzuziehen. Es steht dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung hiervon abweichend eine angemessene andere Honorarzone zu Grunde zu legen. Die Begründung hierfür ist auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.

**Anrechenbaren Kosten für die Objektplanung Ingenieurbauwerke: 957.750,00 EUR**

Bei folgenden Leistungen gilt die Anlage 12 HOAI als Leistungssoll:

POS	Objektplanung Ingenieurbauwerke - Leistungsphasen	Bewertungs- satz [%]
1.	Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	
2.	Leistungsphase 2 (Vorplanung) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	
3.	Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	
4.	Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	

POS	Objektplanung Ingenieurbauwerke - Leistungsphasen	Bewertungs- satz [%]
5.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	
6.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	
7.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) gemäß § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke	

#### IV. Tragwerksplanung

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Tragwerksplanung gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 4, Abschnitt 1, Tragwerksplanung (§ 49 ff.),  
Grundleistungen im Leistungsbild Tragwerksplanung,  
Leistungsphasen 1-6 gemäß Anlage 14.1 zu § 51 Abs. 5.
- b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone III heranzuziehen. Es steht dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung hiervon abweichend eine angemessene andere Honorarzone zu Grunde zu legen. Die Begründung hierfür ist auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.

Anrechenbaren Kosten für die Tragwerksplanung: 1.204.000,00 EUR

Beifolgenden Leistungen gilt die Anlage 14 HOAI als Leistungssoll:

POS	Tragwerksplanung - Leistungsphasen	Bewertungs- satz [%]
1.	Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) gemäß §51 HOAI Leistungsbild Tragwerksplanung	
2.	Leistungsphase 2 (Vorplanung) gemäß §51 HOAI Leistungsbild Tragwerksplanung	
3.	Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) gemäß §51 HOAI Leistungsbild Tragwerksplanung	
4.	Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) gemäß §51 HOAI Leistungsbild Tragwerksplanung	
5.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) gemäß §51 HOAI Leistungsbild Tragwerksplanung	
6.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) gemäß §51 HOAI Leistungsbild Tragwerksplanung	

#### V. TGA – Technische Ausrüstung

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Technischen Ausrüstung gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 4, Abschnitt 2, Technische Ausrüstung (§ 53 ff.),  
Grundleistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung  
Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 15.1 zu § 55 Abs. 3.
- b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone II heranzuziehen. Es steht dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung eine der Anlagengruppe angemessene Honorarzone zu Grunde zu legen. Die Begründung hierfür ist auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.

Es sind folgende Grundleistungen, inkl. folgender Anlagen der Anlagengruppe/  
n 1- 8 zu bearbeiten und anzubieten:

- 410 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 420 Wärmeversorgungsanlagen (anrechenbare Kosten: 50.000,00 EUR)
- 430 Lufttechnische Anlagen (anrechenbare Kosten: 100.000,00 EUR)
- 440 Starkstromanlagen allgemein (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 460 Förderanlagen (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 470 Nutzungsspezifische Anlagen: Dacharbeitsbühne (anrechenbare Kosten: 140.000,00 EUR)
- 470 Nutzungsspezifische Anlagen: Druckluft/Medien (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 470 Nutzungsspezifische Anlagen: Klimaanlage (anrechenbare Kosten: (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 480 GLT/MSR (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)

Bei folgenden Leistungen gilt die Anlage 15 HOAI als Leistungssoll:

POS	TGA - Leistungsphasen – je Anlage der Anlagengruppe	Bewertungssatz [%]
1.	Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	
2.	Leistungsphase 2 (Vorplanung) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	
3.	Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	
4.	Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	
5.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	
6.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	

POS	TGA - Leistungsphasen – je Anlage der Anlagengruppe	Bewertungs- satz [%]
7.	<b>OPTIONAL:</b> Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) gemäß §55 HOAI Leistungsbild Technische Ausrüstung	

## Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Die Besonderen Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
2. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
4. Die „Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
5. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
6. Die aktuell gültige Fassung der HOAI
7. Die aktuell gültige Fassung des BGB

## Besonderen Vertragsbedingungen

### §1 Kommunikation

- (1) Jegliche schriftliche Kommunikation (Bsp.: Briefe, E-Mail) zwischen den Mitarbeitern des AG und dem AN, die kaufmännische und/oder vertragliche Themen betrifft (z.B. Abstimmungen, die zu Änderungen der Auftragserbringung gemäß Vergabeunterlagen, Mehrbedarfen, Nachträgen oder Auftragserweiterungen, führen) ist des Weiteren auch an die E-Mail-Adresse [einkauf@rnv-online.de](mailto:einkauf@rnv-online.de) zu senden.
- (2) Jegliche mündliche Kommunikation zwischen den Mitarbeitern des AG und dem AN, die kaufmännische und/oder vertragliche Themen betrifft (z.B. Abstimmungen, die zu Änderungen der Auftragserbringung gemäß Vergabeunterlagen, Mehrbedarfen, Nachträgen oder Auftragserweiterungen, führen) ist zu verschriftlichen und an die E-Mail-Adresse [einkauf@rnv-online.de](mailto:einkauf@rnv-online.de) zu senden.
- (3) Eine E-Mail an [einkauf@rnv-online.de](mailto:einkauf@rnv-online.de) entbindet nicht der gesetzlich vorgegebenen Schriftform. Jegliche Briefe sind an den Einkauf zu senden.

### §2 Kündigung und Vergütung

- (1) Erfolgt eine Vertragskündigung, ist vom AG nur die Vergütung der tatsächlich erbrachten Leistungen zu tätigen.

- (2) Leistungen, die nicht vom AN erbracht wurden, auch wenn diese bereits bestellt oder bezuschlagt wurden, sind vom AG nicht zu vergüten.
- (3) Es obliegt dem AN den Nachweis für tatsächlich erbrachte Leistungen zu erbringen.
- (4) Nach Vertragskündigung durch den AG hat der AN innerhalb von 30 Tagen die Schlussrechnung zu stellen. Es gelten die vertraglich vereinbarten Zahlungsfristen.
- (5) Sollte der AN innerhalb der 30 Tage keine Schlussrechnung dem AG zusenden, ist der AG berechtigt, die Summe der Schlussrechnung zu schätzen. Die Schätzung hat der AG dem AN zu kommunizieren.
- (6) Der AN muss die Schätzung der Schlussrechnung innerhalb von 3 Werktagen bestätigen oder ablehnen. Bei Bestätigung ist die Schlussrechnung spätestens nach drei Werktagen an den AG zu versenden.
- (7) Sollte der AN die Schätzung gemäß §2 Abs. 6 ablehnen, muss der AN seine Schlussrechnung innerhalb von 5 Werktagen dem AG zusenden. Sollte der AN innerhalb der 5 Werktagen keine Schlussrechnung dem AG zusenden, wird automatisch die Schätzung der Schlussrechnungshöhe des AG als wirksam von beiden Parteien angesehen.
- (8) Der AG ist berechtigt, nicht erbrachte Leistungen aus den Teil- und Schlussrechnungen zu streichen. Des Weiteren können etwaige Vertragsstrafen und Pönalen (§3 Abs. 1) die der AG fordert, aus den Teil- und Schlussrechnungen abgezogen werden.

### **§3 Auftragsbestätigung**

- (1) Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des Auftraggebers gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sowie den eingereichte Vergabeunterlagen sind automatisch unwirksam.

### **§4 Stufenweise Beauftragung:**

- (1) Der Auftraggeber wird den Auftrag stufenweise vergeben.  
Folgende Leistungsstufe ist vorgesehen:  
Stufe 1: Leistungsphase 1-4 (Entwurfsplanung bis Genehmigungsplanung)  
sowie alle für die bis zur Genehmigungsplanung erforderlichen Untersuchungen.  
Darunterfallen:
  - Besondere Leistungen über alle Leistungsbilder hinweg anteilig für die Leistungsphasen 1-4
  - Objektplanung Gebäude und Innenräume
    - o Leistungsphasen 1-4
  - Ingenieurbauwerk
    - o Leistungsphasen 1-4
  - Tragwerksplanung

**[Erweiterung Betriebswerkstatt M5]**  
[164-25-E15]

- Leistungsphasen 1-4
- TGA
  - Leistungsphasen 1-4
- (2) Alle Leistungsphasen 5–7 (Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergab) werden einzeln nach Bedarf als weitere Stufen durch den AG beauftragt.
- (3) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Zuschlagserteilung mit der Leistungsstufe 1 (Leistungsphase 1-4 sowie zu den genannten Leistungsphasen anteilig die besonderen Leistungen), wie oben beschrieben.
- (4) Der Auftraggeber behält sich vor, bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme die weiteren Leistungsstufen abzurufen. Der Abruf erfolgt durch die Erweiterung der ursprünglichen Bestellung.
- (5) Der Auftraggeber ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei. Ein Anspruch auf Abruf besteht nicht.
- (6) Der Auftraggeber behält sich vor einzelne Leistungen nicht zu beauftragen oder in anderer Reihenfolge zu beauftragen.
- (7) Im Falle einer Übertragung weiterer Leistung gelten die Bedingungen dieser Vergabeunterlagen. Aus der stufen- oder abschnittsweisen Vergabe kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars oder andere Ansprüche ableiten.

## **§5 Dokumentation**

- (1) **Für alle Besprechungen zwischen der rnv und dem Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit ist ein Protokoll durch den Auftragnehmer in Absprache mit dem Projektleiter des AG, zu erstellen.** Das jeweilige ergebnisorientierte Protokoll ist der rnv binnen einer Woche zur Gegenzeichnung vorzulegen. Eventuelle Festlegungen in diesen Protokollen erhalten mit der Gegenzeichnung der rnv Verbindlichkeit. Mündliche Vereinbarungen sind nicht wirksam.
- (2) Der Auftragnehmer fertigt und liefert mindestens vierteljährlich von der Zuschlagserteilung bis zur (Gesamt-)Abnahme Berichte an, aus denen der jeweilige Stand der Arbeiten am Projekt hervorgeht. Die Berichte werden der rnv jeweils bis zum 5. des Folgemonats zugestellt.
- (3) Der Auftragnehmer bereitet jede Projektbesprechung in Abstimmung mit dem Projektleiter der rnv mit einer Agenda vor, in der auch der Teilnehmerkreis genannt ist.
- (4) **Die Berichte aus §6 Abs 2 sind an [einkauf@rnv-online.de](mailto:einkauf@rnv-online.de) zu senden.**

## **§6 Mitwirkung Dritter**

- (1) Die rnv ist jederzeit berechtigt, Berater und/oder Gutachter einzusetzen und diese mit der Vertretung ihrer Interessen zu betrauen.



## §7 Geistiges Eigentum

Zusätzlich zu §5 der „Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“ wird Folgendes vereinbart:

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das ausschließliche uneingeschränkte Nutzungsrecht an sämtlichen Arbeitsergebnissen und den daran bestehenden Rechten sowie an den bei Durchführung des Vertrages entstehenden inländischen Schutzrechten, Schutzrechtsanmeldungen, Erfindungen und sonstigen Neuerungen und Verbesserungen, übertragbaren Benutzungsrechten, Konstruktionsunterlagen, Verfahren und Unterlagen, ein. Dieses Nutzungsrecht umfasst auch das Recht zur Bearbeitung und sonstigen Änderung, zur Verbreitung, zum Vortrag, zur Wiedergabe und der Zurverfügungstellung.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, dass ihm eingeräumte Nutzungsrecht an Dritte zu übertragen.
- (3) **Dem AG verbundene Unternehmen (Bsp. Muttergesellschaften) sind vollumfänglich berechtigt, die Unterlagen nach deren Ermessen zu nutzen.**

## §8 Anforderungen-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers

- (1) Der AG ist berechtigt, die dem AN übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der AN und dessen Projektbeteiligte sind verpflichtet, den mündlichen und schriftlichen Anforderungen innerhalb des Projektes des AG zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) **Der AN ist gehalten, dem AG auf dessen Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.**
- (3) Der AN hat den AG unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom AN zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (4) Der AN hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der AN zu tragen.

## **§9 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers**

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der AN haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Die Haftung des AG ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe kann der AG wie eigene Schäden gegenüber dem AN geltend machen.
- (5) Der AN stellt den AG von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom AN übernommenen Leistungen erhoben werden.

## **§10 Mitarbeiterwechsel**

- (1) Sollte während der Projektbearbeitung Projektmitarbeiter oder der Projektleiter des AN aus dem Projekt ausscheiden, muss der AN diese mit adäquatem Personal ersetzen. Hierbei müssen diese Mitarbeiter die in den Vergabeunterlagen geforderten Eignungen nachweisen können.
- (2) Der Eignungsnachweis ist unverzüglich nach Einbringen des Mitarbeiters ins Projekt an den AG zu senden.
- (3) Der AG ist berechtigt, Personal, das die geforderten Eignungsnachweise nicht erfüllt, abzulehnen.
- (4) Wenn der AG Personal vom AN ablehnt, ist der vertraglich vereinbarte Zeitplan weiterhin durch den AN einzuhalten.

## **§11 Sicherheitsleistungen**

- (1) Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Leistungen aus dem Vertrag ist in Höhe von 5% der Auftragssumme (exkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheit kann ausschließlich durch Bürgschaft geleistet werden. Diese Bürgschaft ist innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsschluss der rnv vorzulegen. Der Auftragnehmer trägt die alleinigen Kosten für die Bürgschaftserstellung. Die Bürgschaftsurkunde muss folgende Erklärungen des Bürgen enthalten:
- (2) Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.

**[Erweiterung Betriebswerkstatt M5]**  
[164-25-E15]

- (3) Auf die Einreden der Vorausklage gemäß §771 BGB wird verzichtet.
- (4) Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- (5) Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung.
- (6) Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrags getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- (7) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim.

**§12 Salvatorische Klausel**

Sollten die Bestimmungen dieses Vertrages und/oder der diesem Vertrag beigefügten Verträge ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages den Punkt im Hinblick auf die Rechtswirksamkeit und Durchführbarkeit bedacht hätten. Entsprechendes gilt bei etwaigen Lücken des Vertrages.

**Allgemeine Vertragsbedingungen für  
Architekten- und Ingenieurleistungen  
für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe**

**1. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers**

- 1.1. Die Leistungen des Auftragnehmers (im Folgenden auch „AN“ genannt) müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen angemessen Rechnung tragen.
- 1.2. Der AN hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften für das öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Er hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seinen Leistungen öffentlich-rechtliche Bedenken oder Hindernisse entgegenstehen.
- 1.3. Der AN hat seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers (im Folgenden auch „AG“ genannt) zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Leistungsanforderungen an den AN werden durch die Sach- und Fachkunde des AG nicht gemindert. Er hat seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. Ziffer 2.) abzustimmen.
- 1.4. Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der AN unverzüglich nach Kenntnis dem AG schriftlich mitzuteilen.
- 1.5. Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird nicht durch Anerkennung oder Zustimmung des AG eingeschränkt.
- 1.6. Nicht vereinbarte Leistungen, die der AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der AN mit zu übernehmen, soweit sein Betrieb hierauf eingerichtet ist. Die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn mit dem AG schriftlich zu vereinbaren. Das Gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung. In solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung. Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
- 1.7. Wird erkennbar, dass ein vorgegebener Kostenrahmen nicht ausreicht, so hat der AN den AG über die voraussichtlichen Mehrkosten unverzüglich zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen. Der AN darf ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG weitergeben.

- 1.8. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.

## **2. Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten**

- 2.1 Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben, und über die mit diesen vereinbarten Termine und Fristen.
- 2.2 Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 2.3 Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AG herbeizuführen.
- 2.4 Der AN hat den AG umfassend und fortlaufend über den Stand der Planung und die planerischen Alternativen zur Realisierung der vereinbarten Ziele zu unterrichten, Auskunft über den vorgesehenen Bauablauf zu erteilen, sich mit ihm zu beraten und sich an den Vorgaben und Weisungen des AG auszurichten.

## **3. Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer**

- 3.1 Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG. Der AN hat den AG bei der Geltendmachung seiner Ansprüche zu unterstützen.

- 3.2 Den AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der AN nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- 3.3 Der AN darf unbeschadet Ziffer 2 Abs. 2 Dritten ohne Einwilligung des AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

#### **4. Herausgabeanspruch des Auftraggebers**

- 4.1 Die vom AN zur Erfüllung des Vertrages angefertigten Unterlagen, inklusive digitalen und analogen Plänen, Zeichnungs-/CAD-Dateien und digitale Datenträger, sind an den

AG jederzeit auf Verlangen, jedoch spätestens mit Stellung der Schlussrechnung herauszugeben und werden Eigentum des AG.

- 4.2 Die dem AN überlassenen Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung des Auftrags unaufgefordert zurückzugeben.
- 4.3 Zurückbehaltungsrechte des AN sind ausgeschlossen, es sei denn sie beruhen auf unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen.

#### **5. Urheberrecht**

- 5.1 Der AG darf die Unterlagen für die in der Bestellung genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern. Dasselbe gilt für das ausgeführte Werk.
- 5.2 Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN.
- 5.3 Der AN bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 5.4 Der AN haftet dafür, dass die von ihm erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter, insbesondere von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten etc., sind, die die Nutzung der Leistung durch den AG ausschließen oder einschränken. Wird die vertragsgemäße Nutzung durch Schutzrechtsverletzungen Dritter beeinträchtigt oder untersagt, ist der AN verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass die Schutzrechtsverletzung entfällt, gleichwohl aber den vertraglichen Bedingungen entspricht, oder das Nutzungsrecht zu erwirken, sodass die Leistungen vom AG uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden können.

Der AN stellt den AG auf erstes Anfordern von den Ansprüchen frei, die ein Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten gegenüber dem AG geltend macht. Der AG ist verpflichtet, den AN unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn gegen ihn Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

## 6. Kostenbegriffe

Die im Zusammenhang mit der Ermittlung der anrechenbaren Kosten verwendeten Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

- Die *vorläufige Kostenannahme* dient zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der grob überschlägigen Ermittlung der Gesamtkosten anhand entsprechender Erfahrungswerte oder typisierender Kennwerte.
- Die *Kostenschätzung* dient zur überschlägigen Ermittlung der Gesamtkosten und ist vorläufige Grundlage der Finanzierungsüberlegungen. Sie ist unter Benutzung von Erfahrungswerten aufzustellen.
- Die *Kostenberechnung* dient zur Ermittlung der angenäherten Gesamtkosten und ist Grundlage für die erforderliche Finanzierung. Sie ist unter Zugrundelegung der bei der Entwurfsbearbeitung im Einzelnen ermittelten Mengen und den dazugehörigen Einzelkosten aufzustellen.
- Der *Kostenanschlag* dient zur Ermittlung der tatsächlich zu erwartenden Gesamtkosten durch die Zusammenstellung von Auftragnehmerangeboten, Eigenberechnungen sowie anderen für das Baugrundstück und ggf. die vorausgehende Planung bereits entstandenen Kosten.
- Die *Kostenfeststellung* ist der Nachweis der tatsächlich entstandenen Kosten. Hierzu sind alle nachgewiesenen und durch Abrechnungsbeleg belegten Kosten zu ordnen und zusammenzufassen.

## 7. Zahlungen

- 7.1 Die Schlusszahlung für die Leistungen wird 30 Tage nach Zugang der prüfbaren Schlussrechnung fällig, wenn die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und der AN sämtliche Leistungen aus dem Auftrag erfüllt hat. Alle Rechnungen einschließlich Nachweise für Nebenkosten sind im Original mit jeweils zwei Durchschriften einzureichen. Abschlagsrechnungen werden vom AG nur auf Basis gemeinsam erstellter und von beiden Seiten anerkannter Aufmaße akzeptiert. Für die Fristen der Rechnungserstellung des AN, insbesondere die Ausstellung einer Schlussrechnung, gilt die gesetzliche Vorschrift des § 14 UStG.
- 7.2 Wird nach Annahme der Schlusszahlung festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das Gleiche gilt bei Aufmaß-, Rechen- und/oder Übertragungsfehlern. AG und AN sind verpflichtet, sich die danach ergebenden

Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

- 7.3 Im Falle der Überzahlung ist der AN verpflichtet, den überzahlten Betrag zu erstatten. Der zu erstattende Betrag ist vom Empfang der Zahlung an mit 5% p. a. über dem Basiszinssatz für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.

## **8. Kündigung**

- 8.1 Der AG kann bis zur Vollendung der beauftragten Leistung den Auftrag jederzeit kündigen.
- 8.2 Vergütet werden nur die bis zum Tag der Kündigung nachweislich erbrachten Leistungen.

## **9. Haftung und Verjährung**

- 9.1 Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 9.2 Die Ansprüche des AG aus dem Vertrag verjähren nach fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit der schriftlichen Erklärung des AG, dass die Leistungen vertragsgemäß erbracht sind, spätestens mit Anweisung der Schlusszahlung. Für Schadensersatzansprüche des AG wegen Pflichtverletzungen des AN nach den §§ 280 BGB ff. gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen.

## **10. Haftpflichtversicherung**

- 10.1 Der AN schließt eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von € 3 Mio. für Sach- und Vermögensschäden sowie über € 2 Mio. für Personenschäden ab.
- 10.2 Der AN ist verpflichtet, einen entsprechenden Nachweis hierüber sowohl bei der Auftragserteilung als auch während der Projektbearbeitung auf Verlangen des AG vorzulegen.
- 10.3 Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht (mehr) besteht.



## **11. Erfüllungsort, Gerichtsstand**

11.1 Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des AG.

11.2 Gerichtsstand ist Sitz des AG.

## **12. Arbeitsgemeinschaft**

12.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, in der Bestellung genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.

12.2 Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

12.3 Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

## **13. Schriftform, anwendbares Recht**

13.1 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf die Schriftform.

13.2 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Stand Januar 2024

## PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Kreditorenbuchhaltung**

# Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

**Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

### Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:\*?/"/><) im Dateinamen

### Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

### Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

## Rechnungs- und Email-Adressen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_RNV@rnv-online.de**

**MV Mannheimer Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_MV@rnv-online.de**

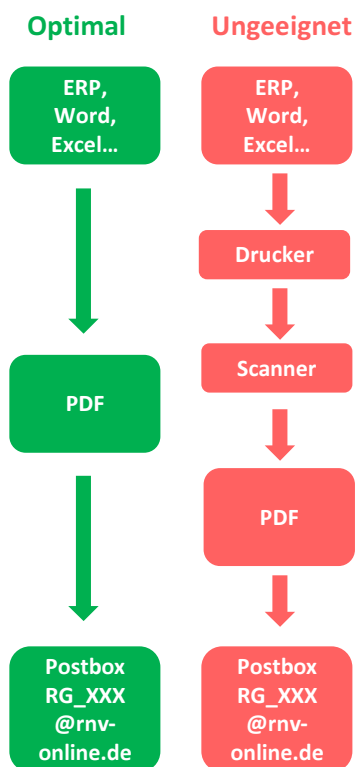
**Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel**  
**Mannheim GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_ZWM@rnv-online.de**

# Anforderungen an die Rechnungsqualität

## Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



## Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

**Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.**

## Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard



### Rechnung

Rechnungsdatum: 01.10.2020  
Rechnungsnummer: RG123456

Rechnungsanschrift:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx

Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...

--	--	--	--

Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020

Zahlungsbedingung:	Netto:	1.000,00 EUR
30 Tage netto	MwSt 16 %:	160,00 EUR
	Gesamt:	1.160,00 EUR

IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx  
BIC: xxxxxxxxxxxx

Ust.ID: DE123456789

**[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5]**  
**[164-25-E15]**

## Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft

[Klicken Sie hier, um Text einzugeben]

**Betreff:** **[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5]**  
**[164-25-E15]**

Hiermit unterbreiten wir Ihnen das nachfolgende Angebot, an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist am [15.09.2025] gebunden halten.

Wir haben unser Angebot ausschließlich auf Grundlage der Angaben der Vergabeunterlagen erstellt.

### 1. Ansprechpartner

Als vertretungsberechtigten Ansprechpartner benennen wir:

Name	[ ]
Anschrift	[ ]
Telefon	[ ]
Telefax	[ ]
E-Mail-Adresse	[ ]

### 2. Umsatzsteuernummer und Bankverbindung

Umsatzsteuer-Nr.	[ ]
Bankverbindung	
Kontoinhaber	[ ]
IBAN	[ ]
BIC	[ ]

Wird das Angebot von einer Bietergemeinschaft erstellt, bitte die Daten des für die Rechnungsstellung und den Zahlungsempfang festgelegten Unternehmens eintragen.

[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5]  
[164-25-E15]

### 3. Preisangebot

Wir bieten die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von uns im

#### **Preisblatt/Leistungsverzeichnis**

eingesetzten Preisen an.

Mit Annahme dieses Angebots durch den Auftraggeber kommt der Vertrag zustande.

*Hier gemäß § 126b BGB eintragen:*

---

*(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)*

## Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

<b>Name des Bieters</b>	[ ]	
Rechtsform	[ ]	
Anschrift	[ ]	
Telefon	[ ]	
Telefax	[ ]	
E-Mail-Adresse	[ ]	
Ansprechpartner	[ ]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[ ]
	Vorname	[ ]
	Geburtsdatum	[ ]
	Geburtsort	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[ ]
	Vorname	[ ]
	Geburtsdatum	[ ]
	Geburtsort	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

---

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)



## Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

<b>Name des geschäftsführenden Unternehmens</b>		
<b>Rechtsform</b>		
<b>Anschrift</b>		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[ ]
	Vorname	[ ]
	Geburtsdatum	[ ]
	Geburtsort	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[ ]	
Telefax	[ ]	
E-Mail-Adresse	[ ]	
Ansprechpartner	[ ]	

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]</b>	[ ]	
Rechtsform	[ ]	
Anschrift	[ ]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[ ]
	Vorname	[ ]
	Geburtsdatum	[ ]
	Geburtsort	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[ ]
	Vorname	[ ]
	Geburtsdatum	[ ]
	Geburtsort	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[ ]
	Vorname	[ ]
	Geburtsdatum	[ ]
	Geburtsort	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[ ]	
Telefax	[ ]	
E-Mail-Adresse	[ ]	
Ansprechpartner	[ ]	

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]</b>	[ ]	
<b>Rechtsform</b>	[ ]	
<b>Anschrift</b>	[ ]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	<b>Name</b>	[ ]
	<b>Vorname</b>	[ ]
	<b>Geburtsdatum</b>	[ ]
	<b>Geburtsort</b>	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	<b>Name</b>	[ ]
	<b>Vorname</b>	[ ]
	<b>Geburtsdatum</b>	[ ]
	<b>Geburtsort</b>	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	<b>Name</b>	[ ]
	<b>Vorname</b>	[ ]
	<b>Geburtsdatum</b>	[ ]
	<b>Geburtsort</b>	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
<b>Telefon</b>	[ ]	
<b>Telefax</b>	[ ]	
<b>E-Mail-Adresse</b>	[ ]	
<b>Ansprechpartner</b>	[ ]	

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]</b>	[ ]	
<b>Rechtsform</b>	[ ]	
<b>Anschrift</b>	[ ]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	<b>Name</b>	[ ]
	<b>Vorname</b>	[ ]
	<b>Geburtsdatum</b>	[ ]
	<b>Geburtsort</b>	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	<b>Name</b>	[ ]
	<b>Vorname</b>	[ ]
	<b>Geburtsdatum</b>	[ ]
	<b>Geburtsort</b>	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	<b>Name</b>	[ ]
	<b>Vorname</b>	[ ]
	<b>Geburtsdatum</b>	[ ]
	<b>Geburtsort</b>	[ ]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate)  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
<b>Telefon</b>	[ ]	
<b>Telefax</b>	[ ]	
<b>E-Mail-Adresse</b>	[ ]	
<b>Ansprechpartner</b>	[ ]	

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

## Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer Bietergemeinschaft]**

This image shows a single sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There is a vertical margin line on the left side, creating a narrow left margin. The paper appears to be a standard notebook or ledger page.

**[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]**

**(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)**

Unterschrift:

---

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Unterschrift:

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Unterschrift:

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*



[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5]  
[164-25-E15]

## Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -**

**Hinweis:** Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:  
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.  
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

### 1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB****Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

**oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

### 3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

**Enweder**

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
  - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
  - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
  - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
  - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**
**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)**
**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:*

**(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)**

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

[Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5]  
 [164-25-E15]

## Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

**Hinweis:** Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	<input type="text"/>
Rechtsform	<input type="text"/>
Anschrift	<input type="text"/>
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u>  Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
Telefax	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Ansprechpartner	<input type="text"/>
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

### Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

---

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:*

***(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)***

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung  
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen  
nach den Vorgaben  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-  
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

**Allgemeines**

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

**Informationen zum LTMG**

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-



stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

### **Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:**

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung ([https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative\\_Tarifvertraege.aspx](https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx)). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*  
*oder*
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mir/wir uns
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  - oder
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

***Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,***

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

**Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).**



**Verpflichtungserklärung**  
**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
  - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

 Ort, Datum

---

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

## **Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

Ort, Datum

---

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

**1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

## **3. Kontrolle**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

#### **4. Sanktionen**

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin  
Postanschrift  
11014 Berlin  
Tel +49 30 18 681-16882  
Fax +49 30 18 681-516882  
BW17@bmi.bund.de  
www.bmwsb.bund.de

## Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576  
BW17-70409/2#1  
Berlin, 14. April 2022  
Seite 1 von 3

### I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

### II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

### III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

### IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

## V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

## VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen  
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022  
Formblatt für Eigenerklärungen

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur 2)

12.08.2025

Verfahren: 164-25-E15 - Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

<b>1</b>	<b>Besondere Leistungen - Über alle Leistungsbilder hinweg</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

### Besondere Leistungen

"Folgende Leistungen werden im Zuge der Bearbeitung erforderlich.  
Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche  
Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu  
ermitteln.

Sind Sie der Meinung, dass die folgenden Leistungen bereits in den  
Grundleistungen enthalten sind, bitten wir Sie, hier den Preis 0,00 Euro  
einzutragen und diesen Preis in einem separaten Anschreiben zu  
begründen."

<b>1.1</b>	<b>Leitungen</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
------------	------------------	----------	-------	---------	-------------------	-------------------

<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>
------------	-------------	------------------

Leitungen:  
Im Bereich der geplanten Maßnahme befinden sich mehrere Ver- und  
Entsorgungsleitungen im öffentlichen Verkehrsraum. Im Zuge der  
Planungsleistungen sind die TÖB (Leitungsträger) frühzeitig in die  
Planung einzubeziehen. Entwurfsplanung und während der  
Baumaßnahme werden die Leitungsträger und Netzeigentümer beteiligt.

.....  
pro 1,00 Pauschale

.....

<b>1.2</b>	<b>Teilnahme an besonderen Veranstaltungen</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Teilnahme an besonderen Veranstaltungen: Der AN wird bei diversen Veranstaltungen teilnehmen und die Präsentationen mit vorbereiten.					
<b>1.3</b>	<b>Bauphasen- und Bauablaufplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Abstimmung und Erstellung mehrerer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung inkl. Bauzwischenständen, inkl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv, der Stadt, den Stadtwerken und ggf. anderen Leitungsträgern. Das mehrmalige Ändern und umplanen der Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung ist einzukalkulieren. Ist quartalweise durchzuführen.					
<b>1.4</b>	<b>Erstellung Finanzierungsantrag</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bei Bedarf hat der AN die Erstellung eines Finanzierungsantrages inklusive der durch den AG zur Verfügung gestellten Fachplanungen Dritter zu erstellen. Die Aufteilung der Kostenschätzung/-berechnung erfolgt entsprechend den Vorgaben der rnv (Aufteilung in zuwendungsfähig, nicht zuwendungsfähig, Aufteilung auf einzelne Gewerke, Leistungen bzw. Dritter wie z. B. Stadtwerke, Verkehrsanlage etc. inkl. Aufteilung sämtlicher Kostenermittlungen nach DIN 276).					

<b>1.5</b>	<b>Einarbeitung von Änderungen nach Genehmigung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Einarbeitung von Auflagen ggf. aus behördlichen Genehmigungen (Bauantrag, Finanzierungsantrag) hervorgehender Änderungen und Anpassungen.					

<b>1.6</b>	<b>Erstellung Koordinierter Leitungsplan</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Im Zuge der Planungsphasen 1 – 3 ist ein Koordinierter Leitungsplan aller Medien und Leitungsträger zu erstellen und fortzuschreiben.					

<b>2</b>	<b>Objektplanung Gebäude und Innenräume</b>	<b>EUR .....</b>
----------	---	------------------

**Fachplanung Objektplanung Gebäude und Innenräume**

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen bei Gebäuden und Innenräumen gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 3, Abschnitt 1 Gebäude und Innenräume (§ 33 ff.),
- a. Grundleistungen im Leistungsbild Gebäude und Innenräume,
- b. Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 1.

b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone (III) heranzuziehen.  
Es steht dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung hiervon abweichend eine angemessene andere Honorarzone zu Grunde zu legen. Die Begründung hierfür ist auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.



Anrechenbaren Kosten für die Objektplanung Gebäude und Innenräume: 3.515.000,00 EUR

<b>2.1</b>	<b>Planungsleistungen</b>				<b>EUR .....</b>	
<b>2.1.1</b>	<b>Grundleistungen</b>				<b>EUR .....</b>	
<b>2.1.1.1</b>	<b>Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):			_____		
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):			_____		
	Angabe der %-Bewertungssatzes:			_____	%	
<b>2.1.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):			_____		
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):			_____		
	Angabe der %-Bewertungssatzes:			_____	%	
<b>2.1.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

2.1.1.4	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

2.1.1.5	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>		
					..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

---

2.1.1.6	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>		
					..... pro 1,00 Pauschale	.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>2.1.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	-----------------------------	------------------

2.1.2.1 Leistungsphase 5: Ausführungsplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

2.1.2.2 Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

2.1.2.3 Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

2.1.2.4	Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Optionalposition					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

2.1.2.5	Umbauzuschlag für die LPH 5-7	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Optionalposition					
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>3</b>	<b>Ingenieurbauwerke</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--------------------------	------------------

**Fachplanung für Ingenieurbauwerk**

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 3, Abschnitt 3 Ingenieurbauwerke (§ 41 ff.),
- a. Grundleistungen im Leistungsbild Ingenieurbauwerke,
- b. Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 12.1 zu § 43 Abs. 1.

b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone (III) heranzuziehen.  
 Es steht dem Bieter  
 im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung hiervon  
 abweichend  
 eine angemessene andere Honorarzone zu Grunde zu legen. Die  
 Begründung hierfür ist  
 auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.

Anrechenbaren Kosten für die Objektplanung Ingenieurbauwerke:  
 957.750,00 EUR

<b>3.1</b>	<b>Planungsleistungen</b>					<b>EUR .....</b>
<b>3.1.1</b>	<b>Grundleistungen</b>					<b>EUR .....</b>
<b>3.1.1.1</b>	<b>Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaft</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):			_____		
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):			_____		
	Angabe der %-Bewertungssatzes:			_____	%	
<b>3.1.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaft</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):			_____		
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):			_____		
	Angabe der %-Bewertungssatzes:			_____	%	

3.1.1.3	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

3.1.1.4	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

3.1.1.5	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>3.1.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>		
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen				..... pro 1,00 Pauschale	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	%-Angabe des Umbauzuschlages:	_____		%		

<b>3.1.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>				
--------------	-----------------------------	------------------	--	--	--	--

<b>3.1.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____				
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____				
	Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____		%		

<b>3.1.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____				
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____				
	Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____		%		

<b>3.1.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>3.1.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>3.1.2.5</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %



<b>4</b>	<b>Tragwerksplanung</b>	<b>EUR .....</b>
----------	-------------------------	------------------

**Fachplanung für Tragwerksplanung**

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Tragwerksplanung gemäß:

- a) HOAI 2021 Teil 4, Abschnitt 1, Tragwerksplanung (§ 49 ff.),  
Grundleistungen im Leistungsbild Tragwerksplanung,  
Leistungsphasen 1-9 gemäß Anlage 14.1 zu § 51 Abs. 5
  
- b) sowie ergänzende besondere Leistungen, die im Folgenden  
beschrieben sind. Die „Besonderen  
Leistungen“ werden wie folgt vergütet: Vergütung gemäß  
Pauschalangebot je  
„Besonderer Leistung“.
  
- c) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone III heranzuziehen.  
Es steht dem Bieter  
im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei Angebotserstellung hiervon  
abweichend eine  
angemessene andere Honorarzone zu Grunde zu legen. Die  
Begründung hierfür ist auf  
einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.  
Anrechenbaren Kosten für die Tragwerksplanung: 1.204.000,00 EUR

<b>4.1</b>	<b>Planungsleistungen</b>	<b>EUR .....</b>
------------	---------------------------	------------------

<b>4.1.1</b>	<b>Grundleistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	------------------------	------------------

4.1.1.1	Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>4.1.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>4.1.1.4</b>	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	-----------------------------	------------------

<b>4.1.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.2.3</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-6</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>4.1.2.4</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 5-6</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-6 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

**Fachplanung TGA - Technische Ausrüstung**

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Technischen Ausrüstung gemäß:

a) HOAI 2021 Teil 4, Abschnitt 2, Technische Ausrüstung (§ 53 ff.),  
Grundleistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung  
Leistungsphasen 1-7 gemäß Anlage 15.1 zu § 55 Abs. 3.

b) Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone II heranzuziehen.  
Es steht dem Bieter im Zuge der Angebotskalkulation frei, bei  
Angebotserstellung eine  
der Anlagengruppe angemessene Honorarzone zu Grunde zu legen.  
Die Begründung  
hierfür ist auf einem separaten Blatt dem Angebot beizulegen.

Es sind folgende Grundleistungen, inkl. folgender Anlagen der  
Anlagengruppe/

n 1- 8 zu bearbeiten und anzubieten:

- 410 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen (anrechenbare Kosten:  
95.000,00 EUR)
- 420 Wärmeversorgungsanlagen (anrechenbare Kosten: 50.000,00  
EUR)
- 430 Lufttechnische Anlagen (anrechenbare Kosten: 100.000,00 EUR)
- 440 Starkstromanlagen allgemein (anrechenbare Kosten: 95.000,00  
EUR)
- 450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen (anrechenbare  
Kosten: 95.000,00 EUR)
- 460 Förderanlagen (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 470 Nutzungsspezifische Anlagen: Dacharbeitsbühne (anrechenbare  
Kosten: (anrechenbare Kosten: 140.000,00 EUR)
- 470 Nutzungsspezifische Anlagen: Druckluft/Medien (anrechenbare  
Kosten: 95.000,00 EUR)
- 470 Nutzungsspezifische Anlagen: Klimaanlage (anrechenbare  
Kosten: (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)
- 480 GLT/MSR (anrechenbare Kosten: 95.000,00 EUR)

<b>5.1</b>	<b>Planungsleistungen 410 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen</b>	<b>EUR .....</b>
------------	---	------------------

<b>5.1.1</b>	<b>Grundleistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	------------------------	------------------

5.1.1.1	Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.1.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.1.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.1.1.4</b>	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

5.1.1.5	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

5.1.1.6	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

5.1.2	Optionale Leistungen	EUR .....
-------	----------------------	-----------

5.1.2.1	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	.....

Optionalposition

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.1.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.1.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.1.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....



**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

**5.1.2.5 Umbauszuschlag für die LPH 5-7**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

Optionalposition

**19%****1,00****Pauschale**.....  
pro 1,00 Pauschale

.....

Bitte hier den Umbauszuschlag für die LPH 5-7 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe des Umbauszuschlages: \_\_\_\_\_ %

**5.2 Planungsleistungen 420 - Wärmeversorgungsanlagen****EUR .....****5.2.1 Grundleistungen****EUR .....****5.2.1.1 Leistungsphase 1:  
Grundlagenermittlung**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

**19%****1,00****Leistungseinheit**.....  
pro 1,00 Leistungseinheit

.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

5.2.1.2	Leistungsphase 2: Vorplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		

.....	.....
pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaft**

Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____	
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____	
Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____	%

---

5.2.1.3	Leistungsphase 3: Entwurfsplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		

.....	.....
pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaft**

Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____	
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____	
Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____	%

---

5.2.1.4	Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		

.....	.....
pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaft**

Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____	
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____	
Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____	%

<b>5.2.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.2.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.2.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	-----------------------------	------------------

<b>5.2.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.2.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.2.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.2.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.2.2.5</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen					
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	%-Angabe des Umbauzuschlages:	_____		%		

<b>5.3</b>	<b>Planungsleistungen 430- Lufttechnische Anlagen</b>	<b>EUR .....</b>
<b>5.3.1</b>	<b>Grundleistungen</b>	<b>EUR .....</b>

<b>5.3.1.1</b>	<b>Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
	<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
	Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____				
	Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____				
	Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____		%		

<b>5.3.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.3.1.3	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.3.1.4	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.3.1.5	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>		
					..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.3.1.6 Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
--	----------	-------	---------	-------------------	-------------------

<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>			
------------	-------------	------------------	--	--	--

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen

.....  
pro 1,00 Pauschale

.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

**5.3.2 Optionale Leistungen****EUR .....****5.3.2.1 Leistungsphase 5:  
Ausführungsplanung**

USt. [%]	Menge	Einheit
----------	-------	---------

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

Optionalposition

<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>
------------	-------------	-------------------------

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit

.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

**5.3.2.2 Leistungsphase 6:  
Vorbereitung der Vergabe**

USt. [%]	Menge	Einheit
----------	-------	---------

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

Optionalposition

<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>
------------	-------------	-------------------------

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit

.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.3.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.3.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.3.2.5</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-9 eintragen					



**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.4</b>	<b>Planungsleistungen 440 – Starkstromanlagen allgemein</b>	<b>EUR .....</b>
<b>5.4.1</b>	<b>Grundleistungen</b>	<b>EUR .....</b>

<b>5.4.1.1</b>	<b>Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.4.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.4.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.4.1.4	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.4.1.5	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

---

5.4.1.6	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.4.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>				
--------------	-----------------------------	------------------	--	--	--	--

<b>5.4.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.4.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.4.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

**5.4.2.4 Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

**5.4.2.5 Umbauzuschlag für die LPH 5-7**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

**5.5 Planungsleistungen 450 – Fernmelde- und informationstechnische Anlagen****EUR .....****5.5.1 Grundleistungen****EUR .....****5.5.1.1 Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.5.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit .....**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.5.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit .....**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.5.1.4</b>	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit .....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.5.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.5.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.5.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>5.5.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.5.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.5.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.5.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

**5.5.2.5 Umbauzuschlag für die LPH 5-7**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

Optionalposition

**19%****1,00****Pauschale**.....  
pro 1,00 Pauschale

.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

**5.6 Planungsleistungen 460 – Förderanlagen****EUR .....****5.6.1 Grundleistungen****EUR .....****5.6.1.1 Leistungsphase 1:  
Grundlagenermittlung**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

**19%****1,00****Leistungseinheit**.....  
pro 1,00 Leistungseinheit

.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %



5.6.1.2	Leistungsphase 2: Vorplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		

.....	.....
pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaft**

Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____	
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____	
Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____	%

5.6.1.3	Leistungsphase 3: Entwurfsplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		

.....	.....
pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaft**

Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____	
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____	
Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____	%

5.6.1.4	Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		

.....	.....
pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaft**

Angabe der Honorarzone (I bis V):	_____	
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):	_____	
Angabe der %-Bewertungssatzes:	_____	%

<b>5.6.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.6.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.6.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	-----------------------------	------------------

<b>5.6.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.6.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.6.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.6.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.6.2.5 Umbauzuschlag für die LPH 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen					
<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
% -Angabe des Umbauzuschlages:		.....	%		

<b>5.7 Planungsleistungen 470 – Nutzungsspezifische Anlagen: Dacharbeitsbühne</b>	<b>EUR .....</b>
<b>5.7.1 Grundleistungen</b>	<b>EUR .....</b>

<b>5.7.1.1 Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
<b>Textergänzungen/Eigenschaften</b>					
Angabe der Honorarzone (I bis V):		.....			
Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz):		.....			
Angabe der %-Bewertungssatzes:		.....	%		

<b>5.7.1.2 Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.7.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.7.1.4</b>	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.7.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.7.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>		
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen				..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.7.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>
--------------	-----------------------------	------------------

<b>5.7.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.7.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		
					..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.7.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.7.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.7.2.5</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.8</b>	<b>Planungsleistungen 470 – Nutzungsspezifische Anlagen: Druckluft/Medien</b>	<b>EUR .....</b>
<b>5.8.1</b>	<b>Grundleistungen</b>	<b>EUR .....</b>

<b>5.8.1.1</b>	<b>Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.8.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.8.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....



**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.8.1.4	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

5.8.1.5	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

---

5.8.1.6	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale	.....	.....
					pro 1,00 Pauschale	

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.8.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>				
--------------	-----------------------------	------------------	--	--	--	--

<b>5.8.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.8.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.8.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

**5.8.2.4 Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

**5.8.2.5 Umbauschlag für die LPH 5-7**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

Bitte hier den Umbauschlag für die LPH 5-7 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe des Umbauschlages: \_\_\_\_\_ %

**5.9 Planungsleistungen 470 – Nutzungsspezifische Anlagen: Klimaanlage****EUR .....****5.9.1 Grundleistungen****EUR .....****5.9.1.1 Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.9.1.2</b>	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit .....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.9.1.3</b>	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit .....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.9.1.4</b>	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>		

.....  
pro 1,00 Leistungseinheit .....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.9.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.9.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.9.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>5.9.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.9.2.2</b>	<b>Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.9.2.3</b>	<b>Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

---

<b>5.9.2.4</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

**5.9.2.5 Umbauzuschlag für die LPH 5-7**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

Optionalposition

**19%****1,00****Pauschale**.....  
pro 1,00 Pauschale

.....

Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen

**Textergänzungen/Eigenschaften**

% -Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

**5.10 Planungsleistungen 480 GLT/MSR****EUR .....****5.10.1 Grundleistungen****EUR .....****5.10.1.1 Leistungsphase 1:  
Grundlagenermittlung**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

**19%****1,00****Leistungseinheit**.....  
pro 1,00 Leistungseinheit

.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

5.10.1.2	<b>Leistungsphase 2: Vorplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

5.10.1.3	<b>Leistungsphase 3: Entwurfsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

5.10.1.4	<b>Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	.....	.....
					pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %



<b>5.10.1.5</b>	<b>Nebenkosten für Leistungsphasen 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

<b>5.10.1.6</b>	<b>Umbauzuschlag für die LPH 1-4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 1-4 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

<b>5.10.2</b>	<b>Optionale Leistungen</b>	<b>EUR .....</b>
---------------	-----------------------------	------------------

<b>5.10.2.1</b>	<b>Leistungsphase 5: Ausführungsplanung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.10.2.2 Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.10.2.3 Leistungsphase 7: Mitwirkung bei der Vergabe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Leistungseinheit</b>	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

Angabe der Honorarzone (I bis V): \_\_\_\_\_

Angabe des Honorarsatzes (Basis - Oberer Honorarsatz): \_\_\_\_\_

Angabe der %-Bewertungssatzes: \_\_\_\_\_ %

<b>5.10.2.4 Nebenkosten für Leistungsphasen 5-7</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe der Nebenkosten: \_\_\_\_\_ %

---

**5.10.2.5 Umbauzuschlag für die LPH 5-7**

	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale</b>	..... pro 1,00 Pauschale	.....
Bitte hier den Umbauzuschlag für die LPH 5-7 eintragen					

**Textergänzungen/Eigenschaften**

%-Angabe des Umbauzuschlages: \_\_\_\_\_ %

---

**ANGEBOTSSUMME(N)**

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

Verfahren: 164-25-E15 - Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5

---

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 164-25-E15 - Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5

### EIGNUNGSKRITERIEN

#### 1 Allgemeine Erklärungen

Gewichtung: 0,00%

##### 1.1 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der nachstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren und ggf. von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.2 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 2 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

##### 2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

##### 2.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung

ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder - den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels). Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:  
Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:  
Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 2.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:  
Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:  
Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:  
Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 2.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**2.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein**

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**2.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB**

Gewichtung: 0,00%

**2.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**2.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**2.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**2.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung ) [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**2.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

Gewichtung: 0,00%

**2.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein



### 3 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

#### 3.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind für jeden Bieter bzw. für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizufügen:

- Handelsregistrauszug oder Nachweis der Eintragung ein Berufsregister (nicht älter als 3 Monate)
- Eigenerklärung Versicherungspolice

#### 3.2 Handelsregistrauszug oder Nachweis Eintragung Berufsregister

Gewichtung: 0,00%

##### 3.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug oder ein Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister (nicht älter als 3 Monate) wurde dem Angebot als Anlage beigelegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 3.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigelegt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug oder ein Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister (nicht älter als 3 Monate) nicht für den Bieter bzw. für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beigelegt ist:  
 Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigelegt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 3.3 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

#### 3.3.1 Anforderung Versicherungspflicht

Die Deckungssumme der Versicherung muss im Schadensfall mindestens betragen:

- für Personenschäden: 3 Mio. Euro
- für Sach- und Vermögensschäden: 3 Mio. Euro.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Hinweis:

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung herung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter/die Bietergemeinschaft eine entsprechende Eigenerklärung ab. Dabei ist zu unterscheiden:

- a) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies unter 3.3.2. anzukreuzen. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung herung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssumme vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat der dies in der Eigenerklärung Versicherungspflicht unter 3.3.2 anzukreuzen. Die Eigenerklärung unter 3.3.2 ist ausreichend. Eine Versicherungsbestätigung oder vergleichbare Nachweise sind mit dem Angebot nicht einzureichen. Entsprechende Nachweise sind erst nach Zuschlagserteilung unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen.
- b) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweise, hat der Bieter/die Bietergemeinschaft zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat der in der Eigenerklärung unter 3.3.3 dies anzukreuzen, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorlegen wird. Diese Erklärung ist unwiderruflich.

#### 3.3.2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft erklärt hiermit, dass diese über eine in 3.3.1. beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung verfüge.

Die Deckungssumme dieser Versicherung beträgt je Schadensfall mindestens 3 Mio. Euro für Personenschäden, sowie 3 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt mindestens das Zweifache der genannten Deckungssumme. Entsprechende Nachweise werden unaufgefordert dem Auftraggeber erst nach Zuschlagserteilung vorgelegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

### 3.3.3 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

Ausschlusskriterium

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass sein Unternehmen derzeit noch nicht über die in den Vergabeunterlagen geforderte Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.  
Eine Überprüfung hat ergeben, dass dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Daher ist der Bieter/die Bietergemeinschaft in der Lage, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen.  
Diese Erklärung ist unwiderruflich.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 4 KMU

Gewichtung: 0,00%

### 4.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.  
Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.  
Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz  
 Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz  
 Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz  
 Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein \_\_\_\_\_.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Kleinstunternehmen (0)  
☐ Kleines Unternehmen (0)  
☐ Mittleres Unternehmen (0)  
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 5 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

### 5.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens ein Referenzprojekt anzugeben, aus dem sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Folgende Anforderungen müssen erfüllt sein:  
 - Planung und Abwicklung von Bauprojekten

Von den möglichen Leistungsphasen sollen mindestens die LPH 2, 3, 4 und 5 erbracht worden sein.

Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten fünf Jahren (ab 2019) erbracht worden sind.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an.  
Die Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.  
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

### 5.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

#### 5.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

##### 5.2.1.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 5.2.1.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 5.2.1.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 5 Jahre liegen (ab 2019).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 5.2.1.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 5.2.1.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 5.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 5.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

#### 5.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien der Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

#### 5.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

##### 5.3.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 5.3.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 5.3.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 5 Jahre liegen (ab 2019).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 5.3.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 5.3.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 5.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 6 Angaben zu Mitarbeitern

Gewichtung: 0,00%

#### 6.1 Angaben Projektleiter [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Angaben zu den Projektleitern, die im Auftragsfall für das Projekt eingesetzt werden inkl. Namen, Rollen, Qualifikationen, Lebensläufe, Zuständigkeiten, Vertretungsregelungen. Wir bitten darum, die Leistungsfähigkeit des Gesamtprojektleiters sowie des Stellvertreters mittels einer Referenzliste (mind. 2 Referenzen) nachzuweisen.

Hinweis: sollte der benannte Mitarbeiter zum Zeitpunkt der Auftragsdurchführung abwesend sein, hat der Auftragnehmer einen gleichwertigen Ersatz-Mitarbeiter einzusetzen.

Sind die Angaben zu den Projektleitern inkl. Referenzliste dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 164-25-E15 - Planungsleistungen für die Erweiterung der Betriebswerkstatt M5

---

## LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_01.pdf	1,57 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_02.pdf	1,58 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_03.pdf	2,09 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_04.pdf	2,23 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_05.pdf	1,64 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_06.pdf	1,79 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_07.pdf	1,60 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_08.pdf	1,63 MB	
Dateianlage	Planunterlagen_Entwurfsplanung_09.pdf	556,77 KB	